

Versäumnisse rächen sich

In der Coronakrise spitzen sich die bisherigen Verhältnisse zu, so dass der Blick auf grundsätzliche Schief lagen in unserer Arbeitswelt frei wird – eine Zwischenbilanz

Ganz deutlich wird es im Gesundheitsbereich. Seit fast dreißig Jahren, genauer gesagt: seit 1993 dürfen die Krankenhäuser Profit machen. Dies hat zu einer Privatisierung der Krankenhäuser geführt. In Hamburg wurde 2008 der Landesbetrieb Krankenhäuser an das Unternehmen Asklepios Kliniken verkauft, obwohl es durch den Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“ 2004 eine andere Empfehlung an den Hamburger Senat gab. Mit der Privatisierung ging es in den Krankenhäusern nicht mehr vorwiegend um die richtige Behandlung der Patient_innen, sondern darum, welche Behandlung den größten Erlös bringt. Es wurden Bettenkapazitäten abgebaut und insbesondere in eine hoch invasive Medizin investiert, bei gleichzeitigem Ab-

Krankenhauskonzernen in die Hände zu spielen, anstatt endlich die Pflege als zentrale Säule des Gesundheitssystems auszubauen. In der Altenpflege haben wir ähnliche Problemlagen.

Den Alten- und Pflegebereich habe ich als Beispiel ausgewählt, weil mir bewusst ist, dass natürlich nicht nur im Bildungswesen die bisherigen Mängel jetzt zu einer auch von der Öffentlichkeit wahrgenommenen deutlich sichtbaren Zuspitzung der schwierigen Verhältnisse führen.

Im Bildungsbereich hat man seit ca. 20 Jahren nicht mehr ordentlich in den Schulbau investiert. Seitdem deutlich wird, dass die Einwohnerzahl der Stadt weiter wächst, versucht Hamburg, dies durch Investitionen in den Schulbau auszugleichen. Dabei wird aber auf ein

ten werden können. Auch in den Fluren stoßen die Schulen häufig an ihre Grenzen, wenn ein Mindestabstand von 1,5 m eingehalten werden soll. Noch schwieriger ist die Lage im Sanitärbereich. Zu wenige Toiletten, fehlendes Warmwasser und der bisherige Reinigungsaufwand erfüllen kaum die normalen Anforderungen und entsprechen erst recht nicht den nötigen Hygienemaßnahmen in Coronazeiten. Waschbecken in normalen Klassenräumen sind eher eine Seltenheit. Wie wenig der Behörde die konkreten räumlichen Voraussetzungen an den Schulen bekannt sind, wurde bereits in dem Entwurf eines neuen Curriculums für die Vorschulklassen deutlich. Auch aufgrund der Versäumnisse in der Vergangenheit fällt es den Schulen jetzt sehr schwer, den Corona-Hygieneplan auch nur annähernd umzusetzen.

Die bisherigen Versäumnisse bei der digitalen Ausstattung der Schulen sind seit dem Aussetzen des regulären Unterrichts besonders augenfällig. Schon die bereits vorhandene – aber nicht einwandfrei funktionierende – Infrastruktur durch die Emailplattform Eduport kam sofort nach Einführung des Fernunterrichts an ihre Grenzen und brach zeitweise ganz zusammen. An vielen Schulen wurden und werden deshalb andere Strukturen genutzt, die datenschutzrechtlich bedenklich sind. Die GEW-Forderung nach dienstlichen und von der Dienststelle gewarteten IT-Endgeräten für die Beschäftigten möchte ich hier noch einmal bekräftigen. Ebenso wird deutlich, dass die Lernmittelfreiheit (in Hamburg eingeschränkt)

Siebeneinhalb Wochen Coronakrise – dritte Zwischenbilanz – ein Kommentar

(Die ersten beiden Kommentare sind auf der GEW-Homepage: <https://www.gew-hamburg.de/themen/gew/zwei-wochen-coronakrise-eine-zwischenbilanz> und <https://www.gew-hamburg.de/themen/gew/dreieinhalb-wochen-coronakrise-zweite-zwischenbilanz>)

senken des Pflegepersonals, das nicht ordentlich bezahlt wird. Zum Glück wurden die Bettenkapazitäten nicht noch weiter abgebaut, wie es in einer Studie der Bertelsmannstiftung noch 2019 empfohlen wurde. Noch ist keine Umkehr zu einer die Daseinsvorsorge stärkenden Politik, die sich tatsächlich für die Gesundheit und Gesunderhaltung der Bevölkerung einsetzt, in Sicht. Hoffentlich wird es durch diese Krise wesentlich schwerer werden, weiterhin den privaten

Musterflächenprogramm aufgebaut, das für den/die einzelne_n Schüler_in rechnerisch ca. zwischen 5 bis 8 qm Raum vorhält. Umgerechnet auf das gesamte Schulgebäude ist dies deutlich zu wenig. In alten Schulgebäuden haben wir ebenfalls häufig zu kleine Räume. Bei der nun schrittweisen Öffnung der Schulen unter der Vorgabe, die Klassen in zwei Gruppen zu teilen, führt diese Situation deshalb an vielen Schulen dazu, dass die Abstandsregeln nicht eingehal-

für Schüler_innen nicht bei der IT-Ausstattung aufhören darf.

Allerdings hat der seit dem 16.3.2020 stattfindende Fernunterricht sehr deutlich gemacht, dass es noch an gemeinsamen Kriterien für gute pädagogische Konzepte fehlt. Das Vereinbaren und Erarbeiten dieser gemeinsamen Kriterien und Konzepte in den Schulen braucht Zeit. Dafür wurde bisher nicht genügend Zeit zur Verfügung gestellt und hat in Zeiten von Corona zu sehr unterschiedlichen und auch sehr individuellen Lösungen im Fernunterricht geführt. Für die weitere Ausgestaltung der Kombination von Präsenz- und Fernunterricht muss es Unterstützung und genügend Zeitressourcen für die jeweilige Schule geben. Präsenz- und Fernunterricht, Notbetreuung und Prüfungsdurchführung hat die Kollegien schon jetzt stark überlastet, so dass nun bei der weiteren Öffnung der Schulen nicht Geschwindigkeit vor Gesundheitsschutz gehen darf.

Außerdem fand in Hamburg seit Jahren eine fatale Fehlsteuerung in der Schulsozialarbeit statt. Mit Einführung der Inklusion wurden die sozialpädagogischen Mitarbeiter_innen häufig nicht mehr im Beratungsdienst bzw. in der Schulsozialarbeit eingesetzt, sondern aufgabenfremd. Wenn man diesen Bereich nicht so sträflich vernachlässigt hätte, um nicht zu sagen: die Ressourcen zugunsten anderer pädagogischer Tätigkeitsfelder und einer Doppelbesetzung des Unterrichts umgewidmet bzw. umdefiniert hätte, müsste man nun in der Krise nicht permanent Neues erfinden. Jetzt gibt es ELBe - Erweiterte Lernbegleitung – durch Schulbegleiter_innen, vermittelt über das ReBBZ auf Antrag der Schule oder der Beratungsabteilung eines ReBBZ. Von heute auf morgen wird dieses Projekt aus dem Boden gestampft, ohne mit den Akteur_innen vor Ort zu beraten, ob dies auch sinnvoll

ist. Schüler_innen, die in Coronazeiten weitere Unterstützung brauchen, müssten durch vertraute und qualifizierte Expert_innen der Schulen unterstützt und begleitet werden. Genau dies leistet Schulsozialarbeit in den Beratungsdiensten trotz der geschilderten Begehrlichkeiten aktuell, allerdings regelhaft nur an den Stadtteilschulen. Mit dem ELBe-Konstrukt wird insbesondere für Grundschulen nun versucht, im HauRuck-Verfahren dieser Fehlsteuerung etwas entgegenzusetzen. Deutlich wird daran auch, dass die ReBBZ – Beratungsabteilungen, die als Unterstützersystem der Grundschulen gedacht waren, diese wichtige Funktion nicht bewältigen können – nicht zuletzt deswegen, weil sich ihr Aufgabenbereich im Zusammenhang mit der Einführung der Inklusion zu einer Prüf- und Bewilligungsstelle hin verschoben hat.

Besonders krass fällt in dieser Krise die bisher schon sehr mangelhafte Transparenz und Dialogunfähigkeit von Seiten der Behördenspitze mit den vor Ort agierenden Akteur_innen ins Gewicht. Schulleitungen und Beschäftigte werden mit B-Briefen überhäuft, ohne vorher an Entscheidungen beteiligt worden zu sein. Ähnlich wird mit Eltern und Schüler_innen verfahren. Wenn diejenigen, die die Maßnahmen in den Schulen umsetzen müssen, erst kurzfristig informiert werden oder die Neuerungen aus der Presse erfahren, kann kein Vertrauen in die Maßnahmen entstehen. Wenn man die Gegebenheiten vor Ort nicht



Maske auf! Eine der leichteren Übungen im Corona-Schutzprogramm

auf dem Schirm hat, kann man viele Hygienepläne am grünen Tisch entwickeln. Wer mit der Gießkanne Vorgaben für den aufzunehmenden Unterricht, u.a. in den sogenannten Hauptfächern mit jeweils drei Stunden über alle Schulen ausgießt und die Umsetzung dann den Einzelschulen überlässt, handelt verantwortungslos. Dieses Krisenmanagement verunsichert, es führt zu Panik, Wut und Ohnmacht.

Die Kolleginnen und Kollegen, die im Moment Präsenz- und Fernunterricht, Prüfungen (Vorbereitung und Durchführung) und die Notbetreuung versuchen, halbwegs sinnvoll umzusetzen, haben eine bessere Unterstützung verdient. Die dabei geleistete (Mehr-)Arbeit darf nicht noch mit Spekulationen über Samstagsunterricht oder Verkürzung der unterrichtsfreien Zeit quittiert werden.

Am Ende möchte ich auf die Beschäftigten in der Weiterbildung aufmerksam machen (s. auch den Artikel in dieser hlz

S 36). Ihre bisher schon prekären Beschäftigungsbedingungen stürzen sie nun in existenzbedrohende Verhältnisse. In Hamburg hat es – nicht zuletzt durch den Druck der Gewerkschaften – geklappt, sie als Solo-Selbstständige bis Ende Mai zu unterstützen. Diese Unterstützung muss fortgeschrieben werden, dafür setzt sich die GEW ein. Auch die Umstellung auf Online-Unterricht

gleich ihre Gehaltsausfälle nicht aus. Die Onlineangebote sind gerade am Anfang mit sehr viel mehr Zeitaufwand zu erstellen und die Angebote sind zeitlich kürzer angesetzt als die bisherigen Präsenzangebote. D.h., die Beschäftigten arbeiten mehr für weniger Geld. Für viele VHS-Honorarkräfte kommt diese Hilfe gar nicht zum Tragen. Es ist zwar gelungen, die Honorare bis

Ende März zu sichern, aber da muss ebenfalls weiter unterstützt werden.

Unser gewerkschaftlicher Kampf für eine finanzielle Absicherung und einen guten Arbeits- und Gesundheitsschutz – auch in der Krise – geht weiter!

ANJA BENSINGER-STOLZE
Vorsitzende



Foto: Tole Kils-Hütten, Kunstprojekt Christine Graskamp, MBS

Corona – durch das Auge von Schüler_innen betrachtet

Die Fotos in dieser Ausgabe stammen von Schüler_innen der 11. Jahrgangsstufe der Max-Brauer-Schule (MBS). Die Kunstpädagogin Christine Graskamp hatte die Schüler_innen aufgefordert, zwanzig Tage lang mit jeweils einem Foto täglich zu dokumentieren, was sich für sie mit der Corona-Krise verbindet. Alle in diesem Heft abgedruckten Fotos wurden von den betroffenen Schüler_innen für die Veröffentlichung freigegeben.

Wir bedanken uns bei den Schüler_innen und auch bei der Kollegin Graskamp.

DIE REDAKTION